

## **Bericht**

des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr 115 der Beilagen d.1.S.d.14.Gp.) betreffend ein Gesetz, mit dem das Landesverfassungsgesetz über die Mitwirkung des Landes Salzburg im Rahmen der europäischen Integration geändert wird

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss hat sich in seiner Sitzung vom 16. September 2009 geschäftsordnungsgemäß in Anwesenheit von HR Dr. Kiefer (Leiter des Landeseuropabüros) mit der zitierten Vorlage der Landesregierung befasst.

Zum Gesetzesvorhaben wird erläuternd folgendes ausgeführt:

Es erscheint zweckmäßiger, dass die Landesregierung bzw der Landeshauptmann zu Beginn und zur Mitte der Legislaturperiode dem Landtag über ihre Vorhaben im Rahmen der europäischen Integration berichten, als wenn dies – wie bisher vorgesehen – alle zwei Jahre geschieht, zumal gerade mit einer neuen Gesetzgebungsperiode auch eine Änderung der Europapolitik eintreten kann, über die eine rasche Information des Landtages erfolgen sollte. Das Zwei-Jahres-Intervall führt auch im Hinblick auf die fünf Jahre dauernde Gesetzgebungsperiode zu keinem befriedigenden Zeitpunkt der Berichtsvorlage ein Jahr vor einer Landtagswahl. Daher soll zukünftig dieser Bericht "zu Beginn und zur Mitte der Gesetzgebungsperiode" vorgelegt werden.

Weiters wird auf die zusätzlichen Informationen in den Erläuterungen zur Vorlage der Landesregierung verwiesen.

Nach Aufruf des Verhandlungsgegenstandes durch Frau Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc erklärt Frau Klubobfrau Abg. Mag. Rogatsch (ÖVP), dass auch aus Gründen des Aufgabenabbaues in der Landesverwaltung die geplante Änderung sinnvoll sei. Das Zeitinterwal verlängere sich um ein halbes Jahr.

Frau Abg. Dr. Rössler (Grüne) meinte, die Grünen könnten einer mit der Novelle einhergehenden Beschneidung der Berichtspflicht nicht zustimmen. Weiters wird eine Verlegung des zweiten Berichtstermins an das Ende der Legislaturperiode vorgeschlagen.

Hofrat Dr. Kiefer betonte, dass die nunmehrigen Termine besser an den Rhythmus des Landtages angepasst wären. Im übrigen werde der nächste Vorhabensbericht bereits im Herbst

zugewiesen werden. Jedenfalls würde die geänderte Situation den Gegebenheiten im Landtag besser entsprechen. Überdies werde auch laufend informiert.

Die Ausschussmitglieder von SPÖ, ÖVP und FPÖ signalisieren eine Zustimmung zum Gesetzesvorhaben. Die Vertreterin der Grünen stimmt gegen die Ziffern 1. und 2. sowie gegen das Gesetzesvorhaben im Gesamten.

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellt mit den Stimmen SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen – sohin mehrstimmig – den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Das in der Vorlage der Landesregierung Nummer 115 der Beilagen enthaltene Gesetz wird zum Beschluss erhoben.

Salzburg, am 16. September 2009

Der Vorsitzende:  
Kosmata eh

Die Berichterstatterin:  
Zweite Präsidentin  
Mosler-Törnström BSc eh

**Beschluss des Salzburger Landtages vom 23. September 2009**

Der Antrag wurde mit den Stimmen SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen – sohin mehrstimmig – zum Beschluss erhoben.